

Beschlussvorlage

zur Behandlung in **öffentlicher Sitzung**

Betreff

Mitgliedschaft der Stadt Köln im Rainbow-Cities-Netzwerk

Beschlussorgan

Rat

Gremium	Datum
Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender	16.04.2015
Ausschuss Soziales und Senioren	23.04.2015
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	04.05.2015
Rat	12.05.2015

Beschluss:

Der Rat beschließt den Beitritt der Stadt Köln zum Rainbow-Cities-Netzwerk und bittet den Oberbürgermeister, das von den teilnehmenden Städten erarbeitete „Memorandum of Understanding“ zu unterzeichnen.

Mit dem Eintritt verpflichtet sich die Stadt Köln, eine aktive LSBTI-Politik zu betreiben und zu fördern, bzw. LSBTI-Themen in ihre allgemeine strategische Ausrichtung einzugliedern. Mit dem Beitritt in das Rainbow-Cities-Netzwerk ist die jährliche Teilnahme der Fachverwaltung an der Konferenz des Netzwerks verbunden. Diese wird sich aktiv am Austausch innerhalb des Netzwerks beteiligen, indem sie jährlich eine Übersicht über ihre Maßnahmen im Rahmen der LSBTI-Politik erstellt.

Ziel der regelmäßigen Tagungen ist eine Vernetzung der kommunalen Dienststellen mit der Möglichkeit des Austauschs bewährter Praktiken, Maßnahmen und Initiativen. Dies soll die Auswirkungen der lokalen Maßnahmen erhöhen mit der Absicht, ein LSBTI-Mainstreaming in der lokalen Politik zu entwickeln.

Von dem Austausch lokaler und regionaler Praxisbeispiele sollen die Kommunen, die in ihrer Entwicklung noch nicht so weit fortgeschritten sind, für ihre Arbeit profitieren. Gleichzeitig soll ermöglicht werden, sich gegenseitig bei Vorhaben für die Community zu unterstützen. Durch die Gründung des Netzwerks soll die Einbeziehung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgendern in das kommunale Handeln gefördert und die Sichtbarkeit erhöht werden. Dabei sollen die beteiligten Städte wechselseitig von Erfahrungen profitieren, um Synergieeffekte zu erzielen.

Die Mitglieder des Netzwerks stellen zu den jährlichen Tagungen sogenannten One-Pager bereit, in denen die Fortschritte ihrer lokalen LSBTI-Strategien und -Initiativen zusammengefasst werden. Diese One-Pager sind die Grundlage für die Reflexion und den Austausch zu bestimmten Themen.

Neben dem Austausch von Fachwissen besteht durch das Netzwerk auch die Möglichkeit, in der Zukunft gemeinsame Aktionen zu planen und durchzuführen oder sich gemeinsam um EU-Projekte zu bewerben.

Die Mitglieder der StadtAG LST und die hier vertretenen Ratsfraktionen drängen seit der Gründung des Gremiums auf eine stärkere internationale Vernetzung und eine intensivere Zusammenarbeit mit den Partnerstädten der Stadt Köln. Dieser Forderung wird mit der Beteiligung im internationalen Rainbow-Cities-Netzwerk Rechnung getragen, da auch einige Partnerstädte der Stadt Köln (z.B. Rotterdam, Turin, Barcelona) Mitglieder im Rainbow-Cities-Netzwerk sind. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, hat der Rat bei Einrichtung des Referats für LST u.a. die interkommunale und internationale Zusammenarbeit als Aufgabe der Dienststelle definiert.

Durch die Mitgliedschaft wird die Stadt Köln bei der Weiterentwicklung ihrer Politik für Lesben, Schwule, Bi- und Transsexuelle unterstützt. Da das Netzwerk auf europäischer Ebene arbeitet, kann auf einer breiten Basis an einer zukunftsorientierten Entwicklung gearbeitet werden. Besonders vor dem Hintergrund, dass in vielen osteuropäischen Ländern Menschen des genannten Personenkreises auch heute noch verfolgt und ausgegrenzt werden, kann von der Stärkung dieses Netzwerks ein positives Signal ausgehen.

Köln gilt auf europäischer Ebene als Hochburg lesbisch-schwulen Lebens. Politik und Verwaltung haben das Ziel, das weltoffene, tolerante Image der Stadt zu fördern und zu nutzen. National wie international wird von Köln eine adäquate Vernetzung und die Präsenz bei einschlägigen Veranstaltungen erwartet. Ein Ausscheiden aus dem Kreis der Rainbow-Cities würde dem Bild Kölns in der Außenwahrnehmung als Stadt der Vielfalt schaden.

Die Fachstelle für Lesben, Schwule und Transgender wird den zuständigen Ausschüssen des Rates über die Teilnahme an den jährlichen Konferenzen und die Aktivitäten des Netzwerks berichten.

Mit dem vorliegenden Beschluss erklärt sich die Stadt Köln mit den im Memorandum of Understanding (als Anlage in deutscher und englischer Sprache) getroffenen Regelungen einverstanden.

Nach der Entscheidung des Rates wird der Oberbürgermeister das Memorandum of Understanding anlässlich des Internationalen Tages gegen Homo- und Transphobie am 17.05.2015 unterzeichnen.

Anlagen